

Deutsche Koordination des „Europäischen Verbindungskomitees gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“

Gotthard Krupp (ver.di, Mitglied im Landesbezirksvorstand Berlin-Brandenburg, Arbeitskreis für unabhängige Arbeitnehmerpolitik); Carla Boulbouillé (Redaktion *Soziale Politik & Demokratie*); Reiner Braun (Internationalen Friedensbüros (IPB)); Harri Grünberg (Vorstand Trägerkreis *aufstehen*); Andrej Hunko (Mitglied des Deutschen Bundestages, Bündnis Sahra Wagenknecht, BSW); Andreas Grünwald (Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.); Kathrin Otte (Koordinierungskreis „Was Tun?!“); Marcus Staiger (Aktivist/Publizist); Michael Altmann (Initiative „Gewerkschafter sagen Nein zum Krieg! Nein zum sozialen Krieg!“, ver.di, Mitglied im Landesbezirksvorstand Hessen); Andreas Kutsche (Bündnis für Frieden, Brandenburg an der Havel, Betriebsrat, ver.di, stellvertretender Landesvorsitzender BSW, Brandenburg,); Britta Brandau (ver.di, Mitglied im Gewerkschaftsrat, DIE LINKE Hessen)

Einladung zur Europakonferenz am 2. November 2024 in BERLIN

Verstärken wir unseren Kampf gegen den Krieg in Europa, gegen den Völkermord am palästinensischen Volk, die Angriffe auf die demokratischen Freiheiten und des sozialen Krieges der Regierungen!

Am 4. Mai 2024 haben wir in Paris einen gemeinsamen Appell gestartet: „*Biden, Scholz, Macron, Sunak, Meloni ... Eure Kriege, das ist ein Nein! Ihr seid verantwortlich für die Massaker und die Kriege.*“

Dieser Aufruf wurde von mehreren hundert Gewerkschaftern, Politikern und Aktivisten in 21 europäischen Ländern unterzeichnet.

Seitdem die Regierung Sunak in Großbritannien weggefegt wurde, hat Macron zwei Wahlniederlagen in Folge erlitten. In Deutschland waren die Europawahlen und nun die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen Ausdruck der tiefen Ablehnung der Politik der Regierung Scholz.

Wir sind davon überzeugt: „*Die Mobilisierung des Volkes wird die mörderische Eskalation, in die uns die Regierungen hineinziehen wollen, verhindern und die Waffenlieferungen stoppen können.*“

In London gehen die Massendemonstrationen für einen Waffenstillstand in Gaza/Westbank und ein Waffenembargo gegen Israel weiter.

In Deutschland ist eine große Mehrheit der Bevölkerung für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Am 1. September haben sich viele Gewerkschafter gegen Krieg und Waffenlieferungen, gegen den Marsch in die Kriegswirtschaft mobilisiert und viele bereiten auch für den 3. Oktober eine große Demonstration für den Frieden mit vor.

In Frankreich gingen am 7. September Hunderttausende von Demonstranten auf die Straße, um Demokratie und den Rücktritt bzw. die Entlassung Macrons zu fordern, und am nächsten Tag für einen Waffenstillstand in Palästina.

Überall auf dem Kontinent beteiligen sich zahlreiche Organisationen und Aktivisten an dieser Bewegung und ergreifen Initiativen. Um diese Prozesse zu konsolidieren und unser Bündnis über die Grenzen hinweg zu stärken, **organisieren wir am 2. November in Berlin eine europäische Konferenz, zu der wir Euch herzlich einladen.**

Aktivisten und Organisationen aus Deutschland, Frankreich, Spanien, aus Skandinavien und vom Balkan etc. haben ihre Teilnahme bereits angekündigt.

Während:

- 81 Jahre nach der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs bei Kursk besetzen deutsche Panzer des Rüstungskonzerns Rheinmetall erneut russisches Territorium, wenn auch unter ukrainischer Flagge,
- werden neue NATO-Militärstützpunkte in Schweden, wo sie sich außerhalb der staatlichen Souveränität befinden, in Norwegen, Finnland und Rumänien errichtet,
- Die Waffenlieferungen gehen weiter, während Tausende von jungen Ukrainern und Russen sterben und der Völkermord am palästinensischen Volk andauert,

Wir bekräftigen unsere Forderungen. Wir sagen Nein zur Politik unserer Regierungen:

- Wir lehnen Kriege und Barbarei ab, von denen nur die Mächtigen und die Rüstungsindustrie profitieren, deren Gewinne explodieren.
- Wir lehnen für uns selbst, für unsere Kinder, für unsere Enkel ab, in den Krieg und die Militarisierung der gesamten Gesellschaft hineingezogen zu werden.
- Wir lehnen die ständig steigenden Militärbudgets unter der Aufsicht der NATO und der Europäischen Union ab, wir verurteilen den sozialen Krieg, der gegen die Arbeiter und die Jugend, gegen das Volk, geführt wird.
- Wir lehnen alle Angriffe auf die Freiheiten, alle Repressionen ab. Wir verteidigen die Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sowie das Streikrecht, die besonders bedroht sind.

Stoppt das Massaker an der palästinensischen Bevölkerung!

In Palästina wie in der Ukraine: Sofortiger Waffenstillstand!

Stoppt die Waffenlieferungen!

Nein zu jeder militärischen Intervention der NATO-Truppen in der Ukraine!